

Willkommen!

Viele neue Mitglieder

Seit Wochen registrieren wir – allein in der Landesgeschäftsstelle – täglich ein Dutzend Neueintritte. Manche rufen an: „Wie kann ich Mitglied der Linkspartei werden?“ Andere kommen direkt ins Karl-Liebknecht-Haus: „Hier bin ich. Ich will jetzt mitmachen!“ Andere sind vorsichtiger. Sie nutzen die „Probier-Mitgliedschaft“, die es seit diesem Jahr bei der PDS – pardon – bei der Linkspartei.PDS gibt. Aber wie auch immer: Summiert haben wir einen bemerkenswerten aktiven Zulauf.

Auch unsere Spendenkampagne für den Bundestags-Wahlkampf trägt erste Früchte. Das ist wichtig. Denn allein aus dem Landeshaushalt der Berliner Linkspartei.PDS müssen wir rund 165.000 Euro aufwenden, die so natürlich nicht geplant waren. Die Bundestagswahlen wurden auf besonderen Wunsch eines einzelnen Herrn, des Bundeskanzlers, um ein Jahr vorgezogen. Das erfordert außerordentliche Anstrengungen und manche kosten einfach auch Geld. Deshalb zählt auch weiterhin jeder gespendete Euro doppelt.

Wie auch die vielen Helfer, die sich just zur Wahlkampfzeit bei uns melden. Manche zum ersten Mal, als Praktikanten oder einfach so. In den nächsten Wochen werden jeder Kopf und noch mehr Hände gebraucht, um den möglichen Wahlerfolg der Linkspartei.PDS zu sichern. Denn Umfragen, und seien sie auch noch so gut, sind nichts weiter als vage Absichtsbekundungen. Gezählt wird am Wahlabend, am 18. September. Und bis zur „Stunde der Wahrheit“ bleibt noch sehr viel zu tun. Also, noch mal: Willkommen!

■ Carsten Schatz,
Wahlkampfleiter
Linkspartei.PDS Berlin



Foto: Uwe Stümke

Die Spitze der Landesliste Gregor Gysi, Petra Pau und Gesine Lötzsch wurden an die Spitze der Landesliste der Linkspartei.PDS Berlin für die Bundestagswahl 2005 gewählt. Auf den weiteren Listenplätzen folgen Prof. Dr. Hakki Keskin, Cornelia Reinauer, Ralf Krämer, Evrim Baba sowie sieben weitere Bewerberinnen und Bewerber. Stefan Liebich wird im Wahlkreis 77 (Pankow) um ein Direktmandat kämpfen.

Wirklich was Neues

Das Vorhaben ist umrissen; zwei Ziele liegen vor uns: mit einer starken linken Fraktion in den Bundestag, danach Formierung einer bundesweit starken Linkspartei. Die ersten Schritte sind getan. Im Juni hatten die PDS und die WASG vereinbart, nicht gegeneinander zu kandidieren. Im Juli benannte sich die PDS in Die Linkspartei um. Unser Berliner Landesverband folgte am 7. August. Wir öffneten unsere ohnehin offenen Listen zur Bundestagswahl auch für Mitglieder der WASG, die wiederum auf PDS-Versammlungen kandidierten. In Berlin wurde der Gewerkschafter Ralf Krämer von der WASG auf Platz 6 gewählt. Der Arzt Wolfgang Albers, ebenfalls WASG, hat Platz 14 inne. Der parteilose Hakki Keskin, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, wurde auf Platz 4 gewählt. Die ersten drei Plätze gingen an prominente PDSler: Gregor Gysi, Petra Pau und Gesine Lötzsch. So weit, so wirklich gut. Aber Vorsicht! Jeder 10-km-Lauf, sagt ein Sprichwort, beginnt mit dem ersten Schritt. Aber jeder Sportkenner weiß auch: gemessen wird der letzte. Also: Umfragen hin, Umfragen her - entscheidend ist der Wahlabend und dazwischen liegt der Wahlkampf! Der muss geführt und gewonnen werden. Ich bin da durchaus optimistisch, aber nicht

leichtfertig. Ein Drittel aller Wählerinnen und Wähler entscheidet sich ohnehin erst wenige Tage vor der Wahl am 18. September. Entscheiden sich viele für uns, dann hat eine neue Linkspartei eine reale Perspektive. Und nicht nur das. Dann würden die politischen Karten in Deutschland neu gemischt werden. Erstmals wüchse bundesweit links von der SPD eine starke Partei heran, die in Bayern ebenso wirkt wie in Friesland und Berlin. Das wäre wirklich etwas Neues. Fällig ist das längst.

Schon jetzt spüren wir erste Wirkungen. Alle etablierten Parteien reagieren bereits mit Hektik und Nervosität. Sie greifen in die Trickkiste oder in den Schlamm-Eimer. Sie werfen uns Populismus vor oder wollen die Linke in die rechte Ecke stellen. Sie weichen aus, weil sie ihren eigenen Argumenten nicht trauen. Denn die politische Alternative, die zur Abstimmung steht, heißt: Agenda 2010 des Kanzlers, Agenda 2010 plus von Merkel/Westerwelle oder eben Agenda sozial der Linkspartei.PDS. Kurzum: Sozialabbau oder soziale Gerechtigkeit.

■ Klaus Lederer
Stellv. Landesvorsitzender

Erststimme: Auf zur Volksabstimmung

Die Linkspartei.PDS zeigt, dass es Alternativen gibt, in Berlin und überall



Direktwahlkreis 76 Mitte
Tobias Schulze, Student, 29 Jahre



Direktwahlkreis 77 Pankow
Stefan Liebich, 32 Jahre,
Landes- und Fraktionsvorsitzender
der Linkspartei.PDS Berlin



Direktwahlkreis 78 Reinickendorf
Andreas Wehr, 51 Jahre,
Mitarbeiter der Linksfraktion im
Europäischen Parlament



Direktwahlkreis 79 Spandau,
Charlottenburg Nord
Jörg Kuhle, 61 Jahre
Bezirksvorsitzender der
Linkspartei.PDS Spandau

Am 18. September 2005 wird es vorgezogene Neuwahlen zum Deutschen Bundestag geben. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sie gewollt. Er wüsste sich, so meinte er, eine Volksabstimmung über seine Politik, über die „Agenda 2010“, „Hartz IV“, die rot-grüne Koalition. Ich finde: Diese Abstimmung soll er bekommen.

Wohl niemand, der in diesen Tagen nicht Veränderungen will. Doch dass es dabei auch gerecht zugeht, dafür tritt die Linkspartei an. Dafür wurde ein Wahlprogramm vorgelegt, das seriös und auch finanzierbar ist. Es unterbreitet Vorschläge für eine soziale Steuerreform, für einen anderen Kurs in Sachen Arbeitsmarktpolitik, als er mit Hartz IV eingeschlagen wurde, und es steht für eine konsequente Friedenspolitik.

Nun meinen manche, die PDS müsse nur mal mitregieren und schon würden – so wie hier – alle sehen, dass sie gar nicht hält, was sie verspricht. Doch da liegen sie falsch, die Herren Thierse, Kauder oder Bütikofer! Wir in Berlin zeigen, dass es anders geht. Wir haben nicht nur von Anbeginn gesagt, dass wir Hartz IV falsch finden und sind dafür auch auf die Straße gegangen. Berlin hat, eben weil wir hier mitregieren, im Bundesrat den Hartz-Gesetzen auch nicht zugestimmt. Doch so wie Herr Stoiber in Bayern an der Homöopathie vorbeikommt, sind wir hier mit der Realität beschlossener Gesetze konfrontiert. Da haben wir dann wiederum dafür gesorgt, dass Arbeitslosengeld-II-Empfänger nicht noch massenhaft umziehen müssen.

Entscheidend ist, sozial zu handeln, konkret und überall. Trotz der immensen Haushaltsprobleme, die auf dieser Stadt lasten, wurden die sozial Schwächeren weitgehend von Belastungen ausgenommen. Wir haben Angebote geschaffen, die es vorher nicht gab, wie das 3-Euro-Sozialticket, welches Menschen mit geringen Einkommen ermöglicht, ins Theater oder die Oper zu gehen. Dagegen haben wir von denen mehr verlangt, die mehr leisten können. Das ist ein erheblicher Unterschied zur Politik der Bundesregierung. Dort haben sich auch die Grünen längst von der sozialen Frage verabschiedet.

Dass Berlin mit Rot-Rot anders geworden ist, kann niemand ernsthaft leugnen. Wer hätte denn vor vier Jahren geglaubt, dass ein Mann wie Landowsky, selbstgefälliger Vorsitzender der CDU-Fraktion, wegen seiner Bankmachenschaften einst vor Gericht stehen würde? Dass das so ist, dafür haben sich PDS-Abgeordnete und Senatoren engagiert. Und was machen CDU und SPD? Die Konstrukteure der Bankgesellschaft, Staffelt und Diepgen, sollen dafür mit einem Bundestagsmandat belohnt werden. Zum Glück gibt es bei der Wahl im September eine Alternative: Die Linkspartei.PDS!

■ *Stefan Liebich, Die Linkspartei.PDS Berlin, Landes- und Fraktionsvorsitzender*



Foto: Ulve Stümke

SommerTreff der Berliner Linkspartei.PDS mit Gewerkschaftern, hier ver.di-Chef Frank Bsirske, Kulturschaffenden, Journalisten, Unternehmern, Sozialarbeitern und weiteren Gästen.



Foto: Carlos Kattins

Besenkammer Das ist die Perspektive, aus der Gesine Löttsch und Petra Pau selbstbewusst als PDS im Bundestag in die Plenardebatten eingriffen. Mit einer starken Linksfraktion werden aus sie nicht mehr hinten „abgestellt“, sondern gleichberechtigte Arbeitsbedingungen erhalten.

Rot wirkt

Wir haben die Zwischenrufe noch gut im Ohr. „Neid-Debatte“, schallte es immer, wenn wir eine Vermögenssteuer forderten. Als wir kritisierten, das Arbeitslosengeld II ist zu niedrig und die Ost-West-Schere völlig unbegründet, hieß es „Unsinn“. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Göring-Eckardt, erklärte sogar, von 331 Euro monatlich könne man in den neuen Bundesländern gut leben. Sie kommt übrigens aus Thüringen. Als wir einen gesetzlichen Mindestlohn forderten, um dem Lohndumping Einhalt zu gebieten, wurden wir belächelt. Wir hätten halt keine Ahnung von der Wirtschaft, schrieb man uns ins PDS-Buch.

Doch nun, kaum hat der Wahlkampf begonnen, hören wir von der SPD und von den Grünen gar wundersame Dinge. Die Reichen sollen stärker besteuert werden, weil das gerecht sei. Die Löhne sollen steigen, weil das den Binnenmarkt stärkt. Und das ALG-II-Ost soll angeglichen werden, weil das geboten sei. Wir stellen fest: Rot wirkt.

Plötzlich sind unsere Forderungen nicht mehr schwachsinnig, populistisch oder unbezahlbar. Sie werden von anderen Parteien als sozial und gerecht verkauft. Was sie ja auch sind und immer waren. Doch nun wird's richtig lustig. Denn eines geht nur. Entweder unsere Vorschläge sind gut und richtig. Dann müssten die Grünen, die SPD und die CDU/CSU die ganze Agenda 2010 in die Tonne werfen. Oder sie bleiben bei ihrer Agenda des organisierten Sozialabbaus. Dann entpuppen sich ihre neuen Sozialeinsichten schon jetzt als pure Wahlkampflügen.

Wir haben es übrigens nie dabei belassen, „Hartz IV“ kosmetisch aufzuhübschen. Wir haben immer gesagt und nachgewiesen: Die so genannte Arbeitsmarktreform schafft keine Arbeitsplätze, sondern mehr arme Arbeitslose. Das spüren inzwischen Millionen im Lande. Und immer mehr kommen zu der Einsicht: Alternativen sind nicht nur möglich, sie sind auch bezahlbar. Natürlich über ein anderes Steuerkonzept. Aber ein einfaches Rechenbeispiel zeigt noch mehr: Addiert man nämlich das Arbeitslosengeld II, die Wohnkosten, die Zuverdienste, die Mittel für Träger von 1-Euro-Jobs und die Gelder für Aus- und Weiterbildung für Langzeitarbeitslose, dann kommt man schnell auf eine Summe von ca. 1400 Euro. Das wiederum ist die Summe, die Sozialverbände und die Linkspartei.PDS seit Jahren als Mindestlohn handeln. Mit diesem Geld ließen sich Normalarbeitsverhältnisse in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen, also Arbeit in Würde, statt Jobs in Armut. Das wäre eine linke Alternative, das ist aber auch eine andere Philosophie als Hartz IV. Und wer rechnen kann, weiß auch: Würden die deutschen Vermögenden nur so besteuert, wie es in den USA üblich ist, dann ständen zig Milliarden mehr für Bildung, Umwelt und Soziales zur Verfügung. Doch von solch simplen Einsichten haben sich SPD und Grüne so weit entfernt, dass sie noch immer – kurzsichtig – von Populismus schwafeln.

■ Gesine Löttsch und Petra Pau, Die Linkspartei.PDS im Bundestag



Direktwahlkreis 80 Steglitz-Zehlendorf
Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, 56 Jahre, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin



Direktwahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf
Natalie Rottka, 39 Jahre, Journalistin



Direktwahlkreis 82 Tempelhof-Schöneberg
Hakki Keskin, 63 Jahre, Professor, Politologe



Direktwahlkreis 83 Neukölln
Evrim Baba, 34 Jahre, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Erststimme:



Direktwahlkreis 84 Friedrichshain-Kreuzberg, Prenzlauer Berg Ost
Cornelia Reinauer, 52 Jahre,
Bezirksbürgermeisterin



Direktwahlkreis 85 Treptow-Köpenick
Gregor Gysi, 57 Jahre,
Rechtsanwalt



Direktwahlkreis 86 Marzahn-Hellersdorf
Petra Pau, 42 Jahre,
Mitglied des Deutschen Bundestages



Direktwahlkreis 87 Lichtenberg
Gesine Löttsch, 44 Jahre,
Mitglied des Deutschen Bundestages

Impressum:

Die Linkspartei.PDS
Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@pds-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: www.WARENFORM.net
Druck: www.druckerei-bunterhund.de
Redaktionsschluss: 8. 8. 2005

Kalenderblatt:

31. August 1990

Der Einigungsvertrag

Am 31. August 1990 unterzeichneten DDR-Staatssekretär Günther Krause und der Bundesminister des Innern, Wolfgang Schäuble, in Berlin den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ (Einigungsvertrag). Zuvor hatte die Volkskammer der DDR nach längeren Debatten in einer „überfallartig gestalteten Sondersitzung“ (Gregor Gysi) am frühen Morgen des 23. August 1990 mit der dafür erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit den Beitritt zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 erklärt. Bundeskanzler Helmut Kohl war dies Anlass, von einem „Tag der Freude für alle Deutschen“ zu sprechen. Am 20. September 1990 ratifizierten beide deutsche Parlamente – Bundestag und Volkskammer – den Einigungsvertrag, der somit am 3. Oktober 1990 in Kraft treten konnte.

Der damalige saarländische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine äußerte im Herbst 1990 in seinem Buch „Deutsche Wahrheiten“ eine kritische Sicht auf den eingeschlagenen Weg in die deutsche Einheit, indem er der sozialen Frage Priorität vor der nationalen Frage einräumte und zwei Problemlösungen benannte:

„1. Mittel- und langfristig müssen wir die Marktwirtschaft für ganz Deutschland so gestalten, dass sie auch das Leben zukünftiger Generationen berücksichtigt: Ökologie

gleich Langzeitökonomie.

2. Kurz- und mittelfristig müssen wir alles tun, um die Länder der früheren DDR als Produktionsstandort zu retten. Wir sind es den Bürgern dort schuldig, dass die mehr als 40-jährige Bevormundung durch die kommunistische Partei nicht von einer Bevormundung durch die westdeutsche Wirtschaft ersetzt wird. ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, diese bisher nicht eingelöste Maxime sollte endlich ernst genommen werden.“

Wie Recht Lafontaine mit seiner damaligen Position hatte, zeigte sich später in der dramatischen Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt. Die schon vorher begonnene, aber mit der vollzogenen staatlichen Einheit intensiv betriebene Treuhandpolitik führte zu einer faktischen Deindustrialisierung des Ostens und zu nie gekannter Massenarbeitslosigkeit. Der vom Einigungsvertrag ausgehende Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ bei Grundeigentum benachteiligte die Ostdeutschen zugunsten westdeutscher Alteigentümer. Begriffe wie „Rückübertragungsanspruch“ und „Abwicklung“ waren den DDR-Bürgern zuvor unbekannt. Deren Wirkung mussten viele mit dem Verlust von Arbeitsplatz und persönlichem Eigentum schmerzlich erfahren.

■ Dr. Detlef Nakath

19. August: Auftakt zum Direktwahlkampf

Auftaktveranstaltung des Direktwahlkampfes ab 16 Uhr auf dem Marktplatz in Bernau. Mit dabei: Dagmar Enkelmann, Gesine Löttsch, Petra Pau, Gregor Gysi und Lothar Bisky. Es besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit Bussen nach Bernau zu fahren. Nähere Informationen und Anmeldung: Tel. 24 00 92 89 oder info@pds-berlin.de



Bitte vormerken:

Wahlkampfabschluss der Linkspartei.PDS am 16. September auf dem Schloßplatz. Nähere Informationen in der aktuellen Tagespresse.

SERVICE